

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich 3 Ausgaben

Redaktion u. Expedition: Faltstr. 11 ... Drucker: Goethestr. 10, Volkshof VIII 5144

Annoncen

Die einseitige Grundzeile ... 60 Rp. Lokale Geschäftsempfehlungen ... 50 Rp.

Annoncen-Abteilung: Theaterstr. 3, Volkshof Nr. VIII 1264

Table with 4 columns: Abonnement, 1 Monat, 3 Monate, 6 Monate, 12 Monate. Includes rates for Zürich, Schweiz, and Ausland.

„Volksfront“ in der Schweiz?

me. Eine kürzlich erschienene Nummer der „Neuen Weltbühne“, die unter dem Titel „Unsere Antwort auf drei Jahre Hitler“ herauskam, enthält neben Beiträgen namhafter deutscher Emigranten zwei Artikel, die aus schweizerischen Federn stammen.

Nicole geht in seinem Artikel von der höchst objektiven Feststellung aus, daß die Schweiz in politischer Hinsicht von der Krise ziemlich unberührt blieb. So richtig diese Feststellung ist, übertrifft sie doch, weil sie hier aus einer Feder stammt, deren Temperament eher dazu hindrängt, die geringsten politischen Verschiebungen zu weltumfänglichen Wendungen zu stampeln.

Im gleichen Heft der „Neuen Weltbühne“, zwei Seiten weiter, behauptet dagegen Schneider, die Schweiz und im besonderen Basel seien klassischer Boden der Einheitsfront und der Einheitsaktion. Des weitern meint Schneider, daß sich die sozialdemokratische Befürchtung nicht aufrecht erhalten lasse, daß antikapitalistische Kreise rechts von der Sozialdemokratie durch eine enge Verbindung von Sozialdemokraten und Kommunisten abgestoßen würden.

Nicole und Schneider sind gemeinsam überzeugt, daß die Einheitsfront zwischen den beiden proletarischen Parteien die Attraktionskraft der revolutionären Linien steigern werde. Ihre Haltung stimmt auch darin überein, daß sie die Frage der Demokratie nicht in den Vordergrund stellen. Wahrscheinlich haben Nicole und Schneider den Eindruck gehabt, daß man ihnen nicht ohne weiteres glauben würde, wenn sie behaupten wollten, die Demokratie sei gerade in einem Lande in Gefahr, dessen Volk soeben die Totalrevision der Verfassung verwarf.

Die Zurückhaltung der beiden Sozialistenführer ist umso bemerkenswerter, als sich die sozialistische Agitation sonst nicht genug tun kann in der Ausmalung der Gefahren, die der Demokratie angeblich aus dem Regime der dringlichen Bundesbeschlüsse erwachsen.

Die deutsche Protestnote vor dem Bundesrat

Antwort erst in acht Tagen

Bern, 21. Febr. - In der heutigen Sitzung hat Bundesrat Motta dem Bundesrat Kenntnis gegeben vom Eingang der deutschen Note, in der gegen den Bundesratsbeschluss, künftig keine Landesleitung und keine Kreisleitungen der N.S.D.A.P. in der Schweiz zuzulassen, protestiert wird.

Die deutsche Note ist ziemlich lang. Sie hat zu einem allgemeinen Meinungsaustausch in Bundesrat Anlass gegeben. Man wird sich in der Antwortnote namentlich mit der These Deutschlands auseinandersetzen, nach welcher der Beschluss des Bundesrats dem „Fremdenrecht“ widerspreche. Die deutsche Note enthält keinerlei Andeutungen über eine Aufhebung der Schweizervereine in Deutschland. Man nimmt deshalb im Bundesrat an, daß von einer solchen Maßnahme Umgang genommen wird.

Von Berlin aus gesehen

Berlin, 21. Febr. (Tel. unseres O-Korr.) Der Protestschritt des deutschen Gesandten in Bern läßt - von Berlin aus gesehen - nicht den Eindruck aufkommen, daß dadurch eine Verschärfung der deutsch-schweizerischen Spannung herbeigeführt wird.

gehoben werden, und das kürzlich gebildete „Schweizerische Freiheitskomitee“ hat dabei die Rolle eines Rekrutierungsbureaus übernommen. Es hat in Zürich eine Versammlung einberufen, in der auch bürgerliche Politiker das Wort ergriffen, um der Versammlung, die sich zuletzt in ein Meeting mit revolutionärer Atmosphäre verwandelte, jenen Ansehen der Heberparteilichkeit zu leihen, den die Sozialdemokraten allein nie herstellen könnten.

Aber zwischen Paris und Zürich, zwischen Frankreich und der Schweiz, kann keine politische Parallele gezogen werden. Die paar Faschisten und Nationalsozialisten d'extension suisse haben das politische Straßenbild um keinen sichtbaren Farbkleck belebt. Dagegen ist die Politisierung der Straße nach wie vor das ziemlich ausschließliche Privileg der Sozialisten und Kommunisten geblieben.

In Ermangelung eines wirklichen physischen Gegners der Demokratie erfindet man eben

einen fiktiven. Und so hat man denn das Phantom der Reaktion erfunden, das nichts anderes ist als die Projektion all jener dunkeln, schwarzen und braunen Absichten, die die sozialistische Linke dem Bürgertum zuschiebt. Man hat ein Gespenst an die politische Plakatwand gemalt, und zwar mit solch suggestiver Kunst, daß selbst diejenigen, die es malten und malen halfen, davor erschrecken. Es geht ihnen wie dem Maler, der eine solche Angst vor dem Löwen bekam, den er gemalt hatte, daß er nicht mehr ins Atelier einzutreten wagte, wo das Bild mit dem Löwen stand.

Da die Schweiz, wie Nicole selber feststellt, von der Krise politisch ziemlich unberührt blieb, ist die Bildung einer „Volksfront“ gegenstandslos, wenn eine solche Volksfront kein anderes Ziel verfolgt, als die Demokratie gegen faschistische Anschläge zu sichern, also ausschließlich einen defensiven Zweck haben würde. Anders wäre es allerdings, wenn die „Volksfront“ einen offensiven Zweck haben sollte. Aber das ist es gerade, daß sie diesen offensiven Charakter hat, der sich bald in einen aggressiven Charakter wandeln könnte.

Ermächtigung des Bundesrates zur Aufnahme von Anleihen

Bern, 21. Febr. - Mit Bundesbeschluss vom 8. März 1932 war der Bundesrat ermächtigt worden, für die Jahre 1932 bis und mit 1935 Anleihen aufzunehmen zur Konvertierung fälliger oder gefundener Anleihen, soweit diese nicht durch eigene Mittel zurückbezahlt werden konnten. Diese Ermächtigung wurde dann durch Bundesbeschluss vom Dezember 1933 für die Jahre 1934 und 1935 ausgedehnt auf die Aufnahme neuer Anleihen, die den Zweck verfolgten, dem Bunde die für seine Bedürfnisse nötigen liquiden Mittel zu beschaffen.

Am 31. Dezember 1931 betrug die Anleiheverschuldung bei der Bundesverwaltung 1 710 585 000 Fr. Zur Beschaffung neuer Mittel wurden 100 Mill. Fr. aufgenommen, während durch Auslosungen und sonstige Tilgungen 57,73 Mill. Fr. zu-

„Clavigo“

Schauspielhaus (20. Febr.)

wi. In den Aufzeichnungen einer glücklichen und stolzen Mutter ist die Rede von einer „Clavigo“-Aufführung in Frankfurt zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Es war eine Stille in dem großen, voll Menschen vollgepfropften Hause und es entfiel nur zuweilen, „wenn es die Menschen zu sehr angrief“, ein einstimmiges ablautieren und bravorufen. Frau Rat Goethe hätte sich auch bei der gestrigen Aufführung des „Clavigo“ im Zürcher Schauspielhaus über ein herzliches, einstimmiges Applaudieren freuen können - daß es leider nicht aus einem vollgepfropften Hause kam, war der einzige Schönheitsfehler des eindrucksvollen, höchst dankenswerten Abends.

Welch erstaunliches Maß von Menschenkenntnis, von psychologischem Einfühlungsvermögen steckt doch in diesem Werk eines Vierundzwanzigjährigen, das in einer Weltkammer in acht Tagen niedergeschrieben wurde. Und mit welcher Sicherheit des bühnendramatischen Ausdrucks in Dialog und szenischem Aufbau ist die von Beaumarchais übernommene Geschichte von einem üblen Spanier unter Jung-Goethes Händen zum vollgültigen Bilde des das Beste suchenden, aber an seiner Haltlosigkeit zugrunde gehenden empfindsamen Werther-Menschen geworden. Der Heber-schwang des Gefühls, der Empfindsamkeit in diesem Werk ist für uns gewiss ein ferner Klang, aber was uns „Clavigo“ lehrt, in der Schlusszene mit erschütternder Gewalt zum Bewußtsein bringt, daß die im Gefühl gründende Menschlichkeit alle Verirrung lösen, alle Verhärtung erweichen, allen Haß zum

Schwinden bringen muß - das ist eine Botschaft, die ewig zu Recht besteht und darum auch die Frage nach der „Aktualität“ des „Clavigo“ der Diskussion entzieht.

Dieses tief Menschliche des Stücks bringt Leopold Lindtbergs Inszenierung schönstens zum Ausdruck. Der stillere, feinfühligere Spielwart arbeitet mit der Sordine, und das schmerzvoll Gedämpfte des Handlungsablaufes erhält von dem ernsten Braun der einfachen, den Darstellern als starke Folie dienenden Raumbilder Leo Ottos stimmungstarken Sufkurs. Nicht, daß alles der Sphäre der gefeuerten Empfindsamkeit verhaftet wäre. Der Sturm und Drang heftiger Innemurmungen, kraftvoller Schmerz- und Nachschauabstriche sind keineswegs unterdrückt, aber sie sprengen nicht den Rahmen, sind als Kontrastwirkungen maßvoll eingeseht. Für den klaren Lebensblick des Regisseurs spricht nicht zuletzt auch das sinnvolle stumme Spiel der Nebenfiguren in manchen Szenen, die des jungen Goethe mangelnde dramaturgische Erfahrung verraten.

Sehr glücklich trifft Alf v. Sivers das Verschwommene, Schwankende von Clavigos Charakter, nicht nur in der Haltung, sondern auch im verschleierte Ton. Gelegentliche schärfere Akzentuierung würden seine Gestaltung der schweren Rolle zweifellos noch anziehender machen. Daran fehlt es dem Karlos von Kurt Horwisch nicht. Meisterlich, wie der Künstler diesen Vorahn des Antonio und des Mephisto scharf umrissen in Szene setzt, wie er den „reinen Welt-verstand“ des spekulativen üblen Ratgebers dem Freunde zu jüngerer weiß. Die von vorbildlicher Diktion getragene große Verführungsrede schuf stärkste Spannung. Temperamentvoll-jung, im Aussehen

etwas kleinbürgerlich-bieder, setzt sich Emil Stöhr für den rachedürstenden Bruder der verlassenen Marie ein. Diese, des Stückes empfindsamste und am schwierigsten zu treffende Gestalt, hat in Susanne Kertes eine Interpretin, die für das zweimal im tiefsten Herzen getroffene, schwindsüchtig dahinwelfende Mädchen eine ungemein rührende, anmutige Erscheinung mitbringt. Wirken die darstellerischen und sprachlichen Mittel des jungen Gastes auch noch etwas studiert, so sind sie doch mit geschmackvoller Reserve eingesetzt, so daß man die Herzensnot dieses zart sterbenden Schwans mit aller Anteilnahme verfolgt. Männlich bestimmt, in bester Haltung, spielt Herr Heinz den zweiten Liebhaber, Buenco; mit herzlicher Hingabe Traute Carlßen die Schwester Mariens. Die Herren Wlach und Braun (in guter Waise) ergänzen das sicher geführte Ensemble. - Man lasse sich diese wertvolle Aufführung eines wertvollen Schauspiels nicht entgehen.

Vater und Sohn

Ab. Aus dem Schwarzwald, der nach einem Auswanderergericht „voll finsterner Tannen steht“, zieht um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Doris Krome, ein junger Bauernsohn, mit einem Duzend Landsleuten nach Texas und Californien, die mit Goldglanz und Abenteuer locken, aber dem redlichen Burden auf Schritt und Tritt Lebensgefahr und Tagesfron zumuten. Doris bringt, während die heimische Kumpanei rasch zusammenschmilzt, seinen Bericht über Sterben, Verderben und spärliches Gedeihen zu Papier; er scheint nicht nur ein beharrlicher, leidenschaftlicher Held, sondern auch ein wahrheitsliebender Chronist zu sein. Fast

zehn Jahre verbringt er in unwirtlicher, mit Tod und Heimfuchung zinsender Umwelt und wahrst dabei auch der Braut in Heimaterde die Treue: volkstümlicher Hintergrund und Rehrreim zu Kinderlegen, zuhaus im Schwarzwald und Hegau.

Heinrich E. Krome, der dritte männliche Sproß einer so zäh und zart ausgeprägten Gemeinschaft, schließt als Herausgeber der verzählten Aufzeichnungen diesen ein knapp sprechendes „Nachwort“ an: wie der Vater noch dreimal, und jedesmal für lange, Familienvater schon und früher Witwer, Amerika aufgesucht habe, um drüben bei San Francisco, 77jährig, auch auszugehen... Mit spärlicher Zurückhaltung, besonders, wo die eigene Person in Frage kommt, begleitet des Sohnes Nachwort den väterlichen Bericht.

Auf der ersten Heimreise, Herbst 1860, berichtet dieser u. a. von seiner Lektüre: „Gingegen kam ich von zwei Schweizergeschichten nicht weg; die schienen von einem Pfarrer geschrieben, so sehr predigten sie auf jeder Seite zum Guten; es war die Geschichte von dem Knechte Ali, der dann noch Pächter wird... Es war viel Schweizerdeutsch in dem Buch, aber weil sie in meiner Heimat sehr ähnlich sprechen, verstand ich's ohne Mühe. Norddeutsche, die darin herumschmüdelten, legten es gleich wieder weg und hießen es albern's Zeug... Lob aber hatten sie für die Geschichten des Peter Hebel. Ich kannte sie schon aus den Kindertagen; das Buch lag bei uns auf dem Wandbort neben der Bibel, und meine gute Mutter kannte die Geschichten von hinten und vornen und von den Gedichten viele auswendig...“ Und bei einer neuen Rückkehr, sieben Jahre später, da ihm ein amerikanisierter Landsmann die Odyssee beibringt:



rückbezahlt wurden, so daß sich eine Nettovermehrung der festen Anleihen um 52,27 Mill. Fr. ergibt. Bei der Bundesbahnverwaltung betragen am 31. Dezember 1931 die Anleihen 806 519 000 Fr.; dazu kamen zur Beschaffung neuer Mittel 225 Mill. Fr., während durch Auslosungen und sonstige Tilgungen 142,966 Mill. Fr. zurückbezahlt wurden, was eine Nettovermehrung der festen Anleihen um 82 043 000 Fr. ergibt. Die Vermehrung der Schuld durch Abgabe von Depotscheinen an die Pensions- und Hilfskassen für das Personal der Bundesbahnen betrug 36 515 000 Fr., so daß auf 31. Dezember 1935 eine Anleihe von 2 925 068 000 Fr. ausgewiesen wird. Der Bericht des Bundesrates erwähnt sodann die in den nächsten Jahren zur Rückzahlung fällig werdenden Anleihebeträge.

Der Anleihenmarkt wurde in den letzten vier Jahren von Seiten des Bundes nur wenig beansprucht. Das neue Finanzprogramm enthält die Bestimmung, daß Defizite des Bundeshaushalts und der Bundesbahnen für 1936 und 1937 soweit zur Befriedigung seien, daß keine Vermehrung der Schulden und keine wesentliche Beanspruchung des Kapitalmarktes für neues Geld notwendig wird. Der Bundesrat hat in der Vorberatung zum Finanzprogramm darauf hingewiesen, daß die Bundesverwaltung für das Jahr 1936 noch einen ungedeckten Bedarf von 10,3 Millionen Fr. veranschlagt, während die Bundesbahnen unter Berücksichtigung des im Jahre 1935 ungedeckten Betrages 160,2 Millionen Fr. an neuen Mitteln benötigen.

ag In den Jahren 1936 bis und mit 1939 werden nachstehende Anleihen zur Rückzahlung fällig: 1. August 1936: 5 Prozent Bundesbahnanleihe von 1925 (V. Elektrizitätsanleihe) 175 Millionen Fr.; 30. Juni 1937: 3½ Prozent Kassa-Anleihe des Bundes auf zwei Jahre von 1935, 10 Millionen Fr.; 24. Dezember 1937: 3½ Prozent Bundesbahnanleihe von 1932, aufgenommen bei der Postverwaltung, fünf Millionen; 15. Mai 1938: 4 Prozent Bundesbahnanleihe von 1923 (III. Elektrizitätsanleihe) 120 Millionen Fr. Ferner kann auf den 17. Juli 1937 oder jeden späteren Termin die 5 Prozent Anleihe des Bundes von 1925 von 40 Millionen Fr. zur Rückzahlung gekündigt werden. Die Fälligkeiten der Jahre 1936 und 1937 werden mangels verfügbarer Mittel durch Konversion gedeckt werden müssen. In welchem Maße die im Jahre 1938 fälligen 120 Millionen oder Teile davon aus den laufenden Einnahmen zurückgezahlt werden können, wird von den zukünftigen Finanzmaßnahmen abhängen.

## Die Alkoholverwaltung im Jahre 1934/35

Bern, 21. Febr. -f. Der Bundesrat legt der Bundesversammlung seinen umfangreichen Bericht und die Rechnungen der Alkoholverwaltung für das Geschäftsjahr 1934/35 vor. Die Rechnung schließt, wie man bereits erfahren hat, mit einem Ausgabenergebnis von 21 609 981 Fr. ab. Die Ursache für diesen ungünstigen Abschluß liegt in der Hauptsache in den großen Aufwendungen, welche die Übernahme des Kernobstbranntweins seit 1932 verursacht hat, und in dem Ausfall des Verkaufes von Trinksprit und von Kernobstbranntwein zu Trinkzwecken. Dadurch, daß die in der Geschäftsperiode 1933/34 übernommenen Branntweinnengen auf den ihrer gegenwärtigen tatsächlichen Verwertbarkeit entsprechenden Wert abgeschrieben worden sind, wird das Rechnungsergebnis 1934/35 mit den Einkosten der ganzen seit Inkrafttreten der neuen Alkoholordnung übernommenen Menge Kernobstbranntweins und Kernobstspiritus belastet. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dieser Zeit 152 160 hl 100prozentiger Kernobstbranntweins und -spiritus, d. h. rund 3000 Eisenbahnwagen Schnaps für 30,95 Millionen Fr. mit einem Verlust von allein 23,02 Millionen Fr. übernommen werden mußten, versteht man, warum der Rechnungsabluß auf Ende Juni 1935 mit einem beträchtlichen Fehlbetrag abschließen muß. Es sind das unter Einrechnung der Tatsache, daß zu Beginn der neuen Alkoholordnung noch ein guter Teil der Branntweinproduktion aus der Ernte 1931 übernommen werden mußte, die Verluste aus den Branntweinübernahmen von vier Erntejahren. Es sind diese gerade die Jahre, in denen erstmals die Möglichkeit zur Ausfuhr von Mostobst stark beschränkt war.

„Nun, unterhalten war das Buch freilich. Ich kam zwar ob der vielen närrischen Namen und der ungläublichen Götterwelt mit ihren verwirrten Geschichten anfangs nur schwer hinein. Aber die Ränge wies hieß mich wieder danach greifen, und ich fand schließlich Spaß an dem traurigen Wunderzeug und Gefallen an den Lügen und Dichten und Aufschneidereien des herumtrömmernden Gesellen und seiner Kumpane und nahm ehrlieh Teil an seiner Freude, als er schließlich Haus und Weib und Kinder wieder findet und das Freizeid hinausräumt.“

Wie lag so vieles schon im Eltern-, Vorelternhaus heimhaft vorbereitet, was späterhin im Werke Heinrich Kromers Frucht trieb? Der Vater lernte sein Englisch noch aus einem primitiven „Wortschatz“; dem Sohn gingen Homer und Shakespears, der Don Quixote und sogar die große russische Literatur in der Ursprache auf. Erwachsene seine schreibende Produktion so, über Sprachstudien und der Muse wechselnden Dienst, nur in horzig abgemessenen Zeilabschnitten, so doch zu Zeugnissen meisternaher Art. Von Arnold Böhrs Zigeunerfahrt (1913 erschienen), die des Vaters weiten Wandertrieb nochmals in heimlicher Romantik enger spiegelte, führen seine Fäden zum „Grünen Heinrich“; auch der lange Porzellanmaler Gustav Hänfling, Kromers gültigste Gestalt, kann sich neben der Gevattertschaft der Kammacher sehen lassen. Und die „Schelmen“-Anekdotensammlung vom Vorjahr steht trotz heftiger vertrauter Nähe im eigenen Licht. — Zwischen Schwarzwald und Bodensee ist Heinrich Kromer, Fibors Sohn, zu Jahren gekommen, hat in der Stille Klang und Echo erlangt, — unverbrossen, ob „es Amerika besser habe“ ...

(Dorus Kromer, „Die Amerikafahrt“. Aus den Goldgräberjahren eines Schwarzwald-Bauernsohns, herausgegeben von Heinrich G. Kromer, ist bei L. Staackmann in Leipzig erschienen.)

Die Einnahmen, insbesondere die Einnahmen aus dem Trinksprit- und Kernobstbranntweinverbrauch, sind stark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Dagegen ist an Selbstverbrauchsabgaben für den Kernobstbranntwein fast das Doppelte eingegangen als in der anderthalbjährigen Geschäftsperiode 1933/34. Es ist dies zu einem guten Teil eine Folge des fortschreitenden Ausbaus der Durchführung des neuen Gesetzes.

Als Ergebnis des Geschäftsjahres wird im Bericht weiter genannt: Erheblicher Rückgang des Branntweinverbrauchs und damit des Branntweinnachschubs mit seinen verhängnisvollen Folgen für die Volksgesundheit, wirtschaftliche Stützung des Obstbaues und damit eines wichtigen Zweiges der Landwirtschaft, aber Ausfall des fiskalischen Ertrages in einer Zeit, da Bund und Kantone doppelt darauf angewiesen waren. Der Gewinn, den die Volksgesundheit durch die Verminderung des Branntweinverbrauchs erfahren hat, läßt sich natürlich ziffermäßig nicht feststellen. Es ist aber eine Tatsache, daß alle die Bevölkerungs-schichten, die den Branntwein kaufen müssen, viel weniger Branntwein genießen, als dies noch vor kurzer Zeit der Fall war. In wirtschaftlicher Beziehung hat sich die Alkoholgesetzgebung mit ihrer Preis- und Absatzgarantie für Kernobstbranntwein nicht nur für die Mostereien als wertvolle Stütze in schwieriger Zeit, sondern auch für die ganze obstbaureichende Landwirtschaft als Halt bewährt. Man muß sich nur vorstellen, wie die heutige Lage ohne Alkoholgesetzgebung aussehen würde: der Zusammenbruch der Obstpreise wäre angehts der fast völlig unterbundenen Ausfuhr unvermeidlich gewesen. Das Mostobst würde nach dem Urteil erfahrener Fachleute auf 50 Rappen je 100 kg, und der Kernobstbranntwein auf 60 bis 80 Rappen je Liter gefallen sein.

So förderlich jedoch die Übernahme des Kernobstbranntweins durch die Alkoholverwaltung für die Volksgesundheit und die Landwirtschaft ist, so belastet sie doch die Alkoholverwaltung finanziell in einem viel zu hohen Maße. Das Mißverhältnis zwischen volkshygienischem, volkswirtschaftlichem und fiskalischem Erfolg rührt vor allem davon her, daß die Branntweinerzeugung selber nicht abgenommen, sondern zugenommen hat und die Alkoholverwaltung viel mehr Branntwein zu übernehmen hat, als Bedarf darnach besteht. Wenn auch die Möglichkeit einer Verwendung zu technischen Zwecken besteht, so darf nicht übersehen werden, daß eine solche dann mit Vorteil zu verwirklichen ist, wenn sie wirtschaftlich tragbar ist, und zwar nicht nur für die Wirtschaftskategorie, die den Alkohol aufnehmen sollen, sondern auch für die Alkoholverwaltung.

Die Alkoholkommissionen beider Räte haben ebenfalls erkannt, daß die Dinge, so wie sie heute liegen, nicht weiter gehen können. So ist im Nationalrat im Juni 1935 folgendes Postulat eingereicht worden: „Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen, wie die untragbar werdenden Lasten der Alkoholverwaltung vermindert werden können.“ Das Postulat ist vom Nationalrat jedoch nur mit der Einschränkung angenommen worden, daß dadurch kein Preisabbau für die Landwirtschaft eintreten darf. Zur Verwirklichung des Postulates gibt es, wie der Bericht des Bundesrates weiter ausführt, verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Darunter fallen eine Herabsetzung der Mindestpreise für Mostobst und Kernobstbranntwein im Rahmen des Alkoholgesetzes, eine Aufhebung der gesetzlichen Festlegung der Mindestpreise für Kernobstbranntwein und Mostobst, sowie als wirksame Mittel zur Aufhebung der heutigen Mißstände noch folgende neuen Wege: Einstellung der Abgabe von verbilligtem Spirit zur Herstellung von Riech- und Schönheitsmitteln, Zuteilung von entwässertem Kernobstspirit an die Benzinimporteur, Verpflichtung der Mostereien und Brennereien zur Übernahme bestimmter Mengen Kernobstbranntwein zum Vertrieb, Staffelung der Übernahmepreise für Kernobstbranntwein, und endlich Änderungen in der Ordnung der Hausbrennerei.

## Eidgenossenschaft

### Rhonekorrektur zwischen Leuk und St. Maurice

Bern, 21. Febr. -f. Nach Antrag des Bundesrates an die Bundesversammlung soll dem Kanton Wallis für die Vervollständigung der Rhonekorrektur zwischen Leuk und St. Maurice ein Bundesbeitrag von 40 Prozent der wirklichen Kosten bis zum Höchstbetrage von 1,62 Millionen Fr., d. h. 40 Prozent der Voranschlagssumme von 4,05 Millionen Fr. zugesichert werden. Für die Auszahlung dieses Betrages werden die üblichen Bestimmungen im Bundesbeschlusse aufgenommen.

Der Bundesrat bemerkt dazu, daß angesichts der letzten Hochwasserkatastrophe, die eine ganze Gegend unter Wasser gesetzt hat und den Kulturen enormen Schaden zufügte, trotz der Krise und den gebotenen Sparmaßnahmen doch wieder die Bundeshilfe so weit reichen sollte, daß die notwendigen Umbauten, Erhöhungen und Verstärkungen der Dämme innert nächster Frist ausgeführt werden können. Da die Dämme durch die letzten Hochwasser ganz bedenklich Schaden gelitten haben und sich das Flußbett fast überall mehr oder weniger erhöht hat, steht die Gefahr weiterer Katastrophen vor der Tür. Der Bundesrat glaubt deshalb, daß eine Subvention von 40 Prozent durchaus gerechtfertigt sei, besonders wenn man bedenkt, daß bei den Katastrophen im Tessin, in Graubünden und im Rheintal die Subventionsquoten bedeutend höher angelegt worden seien.

Auswanderung nach Liebersee. ag Bern, 21. Febr. Die Zahl der Auswanderer aus der Schweiz nach überseeischen Ländern ist im Januar gegenüber dem entsprechenden Monat im Vorjahr von 81 um 6 auf 87 gestiegen.

Wahlen. Bern, 21. Febr. ag Der Rücktritt von Nationalrat Dr. Mäder, Regierungsrat in St. Gallen, als Mitglied des Verwaltungsrates der Eidgenössischen Darlehenskasse, ist vom Bundesrat unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt worden.

An seiner Stelle wurde gewählt alt Nationalrat Gattiker in Zürich, bisher Erbkammern. Als Ersatzmann wurde ernannt Dr. W. Künzle, Rechtsanwält und Vizepräsident der Bankkommission der kantonale Kantonalbank.

Zu Sektionschef 1. Klasse bei der Generaldirektion der PTT-Verwaltung ernannte der Bundesrat die Sektionschefs 2. Klasse Ernst Bonjour, Arnold Brenni und Gottlieb Keller.

Zum Direktor der Zweigstelle Aarau der Schweizerischen Nationalbank an Stelle des zurücktretenden Direktors Trachler wählte der Bundesrat Albert Gennay, von Ziefen (Basel Land), zurzeit Profuturist der Schweizerischen Nationalbank in Zürich.

## Der Krieg in Ostafrika

### Der italienische Vormarsch an der Nordfront

Mailand, 21. Febr. (Tel. unjeres S.-Korr.) Marshall Badoglio teilte gestern den Pressevertretern an der Nordfront mit, daß das zwischen Antalo, Abdi Bugdam, Abdi Serghien und dem äußersten Rand des nach Danakil abfallenden Hochlandes operierende erste italienische Armekorps den Vormarsch in südlicher Richtung aufgenommen habe. Es rüde auf dem nach Amba Alagi führenden Weg vor und werde vorerst die Ortschaft Buia besetzen. Der Vormarsch der Truppen werde von den Fliegern geschützt, die außerdem unaufhörlich die längs dem Mai Mesic- und Savire-Tal fliehenden Streitkräfte des Ras Mulugeta verfolgen und beschließen und deren neuen Zusammenschluß zu verhindern suchen.

Der Kriegsberichterstatter der „Italia“ erfährt aus dem Hauptquartier, daß der äußerste linke Flügel des vormarschierenden ersten Armekorps aus fliegenden Kolonnen, zum Teil Dankaliabteilungen, die sich bei Abi auszeichneten, bestche. Als Befehlshaber der anmarschierenden abessinischen Verstärkungen, die von abessinischer Seite auf 150 000 Mann geschätzt würden, komme anscheinend der Thronfolger in Betracht. Es verlautet, daß dieses neue Heer in bedeutendem Umfang über moderne Kriegsmittel für eine Offensivoffensive verfüge.

### Die Schwierigkeiten der Abessinier

Mailand, 21. Febr. (Tel. unjeres S.-Korr.) Auf Grund beachtenswerter Informationen über die Lage in Abessinien schreibt der „Corriere della Sera“, es könne kein Zweifel mehr bestehen, daß der innere Druck neue heftige Meinungsverschiedenheiten unter den abessinischen Führern und Ausbrüche des Fremdenhasses ausgelöst habe. Immer deutlicher zeige es sich auch, daß die von europäischen Beamten und Militärinfiltratoren durchgeführte Teiluniformierung der abessinischen Streitkräfte deren Kampfwert eher vermindert als erhöht habe.

Wie unhaltbar die militärische Lage sei, gehe zur Genüge aus den fortwährenden Truppenverschiebungen hervor. Während ein Teil der bei Djidjiga, Saffabaneh und Dagabur stehenden Streitkräfte des Ras Rassa nach Südwesten vorgeschoben wurden, um einen Vormarsch des Generals Graziani nach Norden zu begegnen, und während von Abdis Ababa aus Verstärkungen in der Richtung gegen Ghignar abgingen, habe das Volk an der Nordfront den bereits gefaßten Beschlußes erfordert. Der Regus, der sich zur Organisierung des Widerstandes auf der Reise nach der Südfront befand, habe sich anscheinend entschlossen, nach Dessie zurückzukehren.

### Finanzielle Hilfe für Abessinien?

London, 21. Febr. ag (Havas) Die zuständigen britischen Abteilungen prüfen gegenwärtig die Möglichkeit finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe an Abessinien.

## Azanas Programm

Madrid, 20. Febr. ag (Havas) Ministerpräsident Azana hielt vom Innenministerium aus eine Ansprache an das Volk und führte u. a. aus:

„Die Regierung der spanischen Republik richtet an alle Bürger Worte des Friedens, wie es die durch Volksbeschluß gewährte Regierungsmacht tun soll. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die ganze Nation diesen Wunsch nach Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit aufnehmen werde. Die Regierung wird sich an die Durchführung des Programms machen, das dem Wahlkampf zugrunde lag. Jedermann weiß, daß nach diesem Programm in erster Linie die nötigen Maßnahmen zur Heilung der Wunden, die den Vorkriegszeiten zugefügt worden sind, vorgezogen werden.“

Das Blatt „Paris-Soir“ veröffentlicht einige Erklärungen, die Präsident Azana dem Madrider Korrespondenten dieser Zeitung gegeben hat.

Azana führte u. a. aus: „Zu allererst werden wir ein schwieriges Problem zu lösen versuchen: die Steuergleichheit. Dann werden wir die Prüfung und Verwirklichung der Agrarreform fortsetzen und gleichzeitig ein Arbeitsregime schaffen. Wir werden die Amnestie beschließen, es muß jedoch der Zusammentritt der Cortes abgewartet werden, um das entsprechende Gesetz anzunehmen. Dabei müssen wir jedoch der außerordentlichen Lage vieler Häufige Rechnung tragen. Von morgen an werden wir die einzelnen Fälle prüfen. Die Cortes sollen das Amnestiegesetz am 16. März annehmen.“

Ueber die Religionsfrage erklärte Azana: „Wir werden nicht mit Gewalt vorgehen, sondern die bestehenden Gesetze anwenden. Das Trennungsgesetz ist nicht ein Ausnahmegesetz, sondern besteht bereits andernorts.“

Auf die Frage, ob er ohne Sozialisten regieren würde, erwiderte Azana: „Vor der Kampagne stellten wir ein Minimalprogramm der Reform auf, wir werden uns daran halten. Ich will in Übereinstimmung mit den Gesetzen regieren. Keine gefährlichen Neuerungen! Wir wollen den sozialen Frieden und die Ordnung, wir sind Gemäßigte.“

Madrid, 20. Febr. (Tel. der „United Press“) Die neue Regierung hat sofort in allen Städten des Landes die Stadträte wieder eingesetzt, die nach Ausrufung der Republik im April 1931 gewählt worden waren, nach der Niedererschlagung der Oktoberrevolte 1934 aber

durch andere, politisch rechtsgerichtete Stadträte ersetzt wurden.

Der Rücktritt des spanischen Botschafters beim Vatikan, Pita Romero, ist heute von der Regierung genehmigt worden. Es ist noch nicht bekannt, ob die Regierung politischen Kreisen bezweifelt, ob die Regierung Azana einen Nachfolger für Romero wählen wird; auf jeden Fall werden unter ihrer irgendwelche Verhandlungen mit dem Vatikan auf einer für diesen weit weniger günstigen Linie als bisher geführt werden.

## England und Aegypten

London, 20. Febr. (Tel. der „United Press“)

In hiesigen Kolonialkreisen nimmt man an, daß sich England im Verlauf der ägyptisch-englischen Verhandlungen, die nächste Woche in Kairo beginnen, mit einer Vergrößerung des ägyptischen Heeres, allerdings unter Leitung englischer Offiziere — nach dem Muster des indischen Heeres — einverstanden erklären werde. Ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der Wafdisten, die eine Zurückverlegung der britischen Garnisonen von Kairo nach Alexandria verlangen, würde zweifellos bei konservativen Parlamentariern auf starken Widerstand stoßen, und zwar mit der Begründung, diese Politik des Nachgebens habe Englands Prestige in Indien schon schwer genug geschädigt.

Die ägyptische Delegation unter Führung von Vertretern der Wafdpartei wird bei den Verhandlungen in Kairo zweifellos erklären, daß sie Englands Bejournis über die gespannte Lage im Mittelmeer und die Bedrohung des Sudan von Libyen her nicht als einen Grund für den Aufenthalt britischer Truppen in Kairo und Alexandria anerkenne. England habe vor sechs Jahren der Abgrenzung einer militarisierten Zone am Suezkanal zugestimmt. Dieses Abkommen vom Jahre 1930 trat jedoch nie in Kraft, da es an den Klippen des Streites um den Sudan scheiterte. Der Sudan ist nominell ein englisch-ägyptisches Territorium; in Wirklichkeit aber steht er völlig unter dem Einfluß englischer Militärs und englischer Beamter. Mahas Pascha, der bei der Entstehung des Abkommens Premierminister war, forderte eine Entmilitarisierung des Sudan. In Anbetracht der durch den abessinischen Krieg bedingten Notwendigkeit, im Suezkanal eine energische Kontrolle auszuüben, kamen England seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag von 1930 nicht nach. Militärische Sachverständige haben vor Truppenkonzentrationen in der Kanalzone ohne Zustimmung der ägyptischen Regierung gewarnt, und darauf aufmerksam gemacht, daß die Zufuhr von Trinkwasser in das Kanalgebiet von der ägyptischen Regierung leicht gesperrt werden könnte. Jedenfalls wird der Hohe Kommissar Sir Miles Lampson darauf bestehen, daß das Sudanproblem und die Frage der britischen Garnisonen zuerst gelöst werden, bevor in den Verhandlungen an die eigentlichen innenägyptischen Fragen herangegangen wird. Die Wafdisten, die bei den allgemeinen Wahlen im Mai eine sichere Mehrheit erwarten, werden möglicherweise nun, nachdem die Verfassung von 1923 formell wiederhergestellt ist, die Forderung nach Aufnahme Aegyptens in den Völkerbund unter britischer Patenschaft in die Diskussion werfen.

## Automobil

Touristik-Bulletin des A. C. S. vom 21. Febr. Die Befahrbarkeit der Bergstraßen ist heute Freitag morgen folgende (m. K. = mit, o. K. = ohne Kette):

Appenzel, Toggenburg: Appenzel fast schneefrei o. K., Mithnahme v. Ketten empfohlen. Wattwil-Wildhaus-Gams schneefrei, o. K. Ricken aper, o. K. Hüllstege schneefrei, ebenso Wasserauen und Amden. Schwägalp o. K., Mithnahme ratsam. Flumserberg m. K. bis Kurbäuser. Schwyz: Richterswil-Pfäffikon-Einsiedeln-Unterberg o. K. Oberberg m. K. Ibergereg und Etlal gesperrt. Schindelderi-Rothenthurm-Sattel-Schwyz o. K. Glarnerland: o. K. bis Linthal, Elm o. K. Kerzenberg schneefrei, o. K.

Graubünden: Landquart-Klosters-Davos m. K. ab Küblis. Wiesen-Davos nicht empfehlenswert. Arosa m. K. ab St. Peter. Albula m. K. bis Bergün. Chur-Lenzheide-Oberhalbstein-Julier-Maloja breit gepfadet, m. K. gut passierbar. Gepfadet und m. K. befahrbar sind ferner Engadin, Ofenpaz, Thusis-Plügen-Hinterstein. Misox bis 4 km oberhalb Pian San Giacomo, Ketten ab Mesocco. Plims-Ilanz-Disentis o. K. Sedrun m. K. Lukmanier m. K. bis Curaglia.

Innerschweiz: Brünig fast schneefrei, o. K. Engelberg o. K., Mithnahme der Ketten ratsam. Gott-hard: Nordseite fast schneefrei bis Göschenen, o. K. Anderamt unmöglich. Airole schneefrei o. K. Bedretto m. K.

Berner Oberland: Haslital o. K. bis Gut-tannen. Grindelwald. Lauterbrunnen, Kandersteg und Adelboden schneefrei, ebenso Simmental. Saanenmöser m. K. Jura: Ausnahme von Marchairuz und Weissenstein, die gesperrt sind, sind sämtliche Uebergänge schneefrei und o. K. befahrbar.

Frankreich: Route d'Hiver des Alpes und Route Napoleon schneefrei. Faucille o. K. Vogesen: Route des Crêtes gesperrt, Ballon d'Alsace m. K., alle übrigen Pässe schneefrei. — Oesterreich: Arlberg gesperrt zwischen Stuben und St. Christoph. — Italien: Gesperrt sind: Brocceno, Campo di Carlomagno-Campiglio, Campolungo, Cereda, Falzarego, Gavia, Grödnerjoch, Jaufen, Maura, Monte Croce di Comelico, Pordoi, Resia, Sella, Stelvio, Tenale.

## FIS-Rennen in Innsbruck

### Ein Schweizer Sieg im Abfahrtsrennen

Innsbruck, 21. Febr. (Privatteil.) Das Abfahrtsrennen, das zur FIS-Meisterschaft zählt, wurde heute Freitag mit Startbeginn um 12 Uhr unter äußerst schwierigen Umständen ausgetragen. Es gab zahlreiche Stürze und von den 54 gestarteten Fahrern erreichten nur 37 das Ziel. Mehrere Fahrer stürzten schwer, darunter der Schweizer Willi Steuri, der einen Oberschenkelbruch erlitt.

Der Sieg fiel an den St.-Moritzer Rudolf Rominger, der trotz einem bandagierten Fuße die Piste glänzend meisterte und 14 Sekunden Vorsprung auf den Italiener Sertorelli herausholte.

1. Rudolf Rominger (Schweiz) 4:29,5; 2. Sertorelli (Italien) 4:43,5; 3. Heinz von Almen (Schweiz); 4. Birger Ruud; 10. Hans Schlunegger (Schweiz); 14. Arnold Glatthard (Schweiz); 23. Hermann Steuri.